

LIBYEN

## Hilfe aus Jerusalem

Die nach Algerien und Niger geflüchteten Gaddafi-Kinder Aischa und Saadi haben ausgerechnet einen Anwalt aus Israel beauftragt, die Todesumstände ihres Vaters untersuchen zu lassen. Ihre Wahl fiel auf Nick Kaufman, einen Strafverteidiger in Jerusalem und ehemaligen Ankläger am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Vor einigen Wochen wurde er von einem Mittelsmann der Gaddafis angesprochen, er möge eine Untersuchung durch den Strafgerichtshof erwirken. Genau das hat Kaufman getan, und Mitte Dezember gab Chefankläger Luis Moreno-Ocampo bekannt, der Tod des libyschen Führers solle überprüft werden, Kriegsverbrechen seien nicht auszuschließen. „Aischa al-Gaddafi ist schwer traumatisiert von der brutalen Art und Weise, auf die ihr Vater und ihr Bruder Mutassim ermordet wurden“, sagt Kaufman. Der israelische Jurist könnte möglicherweise auch ihren anderen Bruder Saif al-Is-

lam al-Gaddafi vertreten, der in einem Gefängnis im libyschen Sintan einsitzt. Kaufman drängt auf eine Auslieferung nach Den Haag, nach Medienberichten könnte der Prozess gegen ihn jedoch bald vor einem örtlichen Gericht beginnen. „Es gibt dort keine funktionierende Justiz“, warnt Kaufman. „Wir wissen, was mit Saddam Hussein passiert ist.“

Dass die Gaddafis ausgerechnet einen Israeli engagierten, passt für viele zu dem Gerücht, dass die Familie jüdische Wurzeln hat und in Israel Asyl suchen könnte. Angeheizt wird es von einer angeblichen Großcousine von Muammar al-Gaddafi, die im israelischen Netanja lebt und seit Jahren behauptet, ihre Großmütter seien Schwestern gewesen. Kaufman dementiert das Gerücht, für ihn hat sein Mandat rein professionelle Gründe: „Wenn man krank ist, will man einfach den besten Arzt, das gilt genauso für Anwälte.“



Saadi al-Gaddafi 2005, Aischa al-Gaddafi bei ihrer Hochzeit in Tripolis 2006



MICK TSIKAS / DPA

ABACA PRESS / ACTION PRESS



Truppeninspektion in Dublin 1941

IRLAND

## Heldenhafte Deserteure

Sie kämpften freiwillig gegen den Faschismus – und wurden dafür in ihrer Heimat mit Verachtung bestraft. 4983 irische Soldaten waren im Zweiten Weltkrieg aus ihrer eigenen neutralen Armee desertiert, um an der Seite britischer Truppen gegen die Nazis in den Kampf zu ziehen. Viele waren am D-Day in der Normandie dabei, andere bei der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Doch in Irland werden diese Männer, die inzwischen größtenteils verstorben sind, bis heute nicht als Helden gefeiert. Von ihrer damaligen Regierung wurden die überlebenden Heimkehrer stattdessen ohne Anhörung unehrenhaft aus der Armee entlassen, aller Militärpensionsansprüche entbunden und für sieben Jahre von jeder Beschäftigung beim Staat ausgeschlossen. Manche mussten sich sogar vor einem Kriegsgericht verantworten. Seit Monaten betreibt ein pensionierter Taxifahrer aus Dublin eine Kampagne mit dem Ziel, die heroischen Deserteure zu rehabilitieren. Jetzt soll Irlands oberste Justitiarin Máire Whelan in einem Gutachten entscheiden, was schwerer wiegt: Fahnenflucht oder aber, wie Justiz- und Verteidigungsminister Alan Shatter sagt, der Einsatz „gegen Tyrannei und Totalitarismus“.

CHINA

## Querelen um Taiwan

Die kommunistische Führung in Peking hält eine neue Konfliktrunde um Taiwan nicht für ausgeschlossen. Die demokratische Inselrepublik, die vom Festland als „abtrünnige Provinz“ geächtet wird, wählt an diesem Samstag ihren Präsidenten. In den Umfragen hat Tsai Ing-wen, 55, die Kandidatin der oppositionellen Demokratischen

Fortschrittspartei (DPP), dicht zu Amtsinhaber Ma Ying-jeou, 61, von der nationalchinesischen Kuomintang aufgeschlossen. Die DPP betont die Unabhängigkeit Taiwans. Ein Sieg von Tsai könnte daher die von Präsident Ma eingeleitete Annäherung an Peking gefährden und neue Spannungen an der Taiwan-Straße hervorrufen. Das mächtige Pekinger Politbüro-Mitglied Jia Qinglin warnte Tsai kürzlich bereits indirekt davor, den sogenannten Konsens von 1992 aufzuheben. Darin hatten sich Chinas Kommunisten und Taiwans Kuomintang darauf verständigt, dass nur ein China existiert, aber beide Seiten dieses Prinzip

jeweils unterschiedlich interpretieren. Wer die Vereinbarung leugne, so Jia, „verletzt die Interessen beider Seiten“. DPP-Herausforderin Tsai lehnt den Konsens hingegen ab. Eine Niederlage von Amtsinhaber Ma könnte zudem die Rivalität zwischen den USA und China in Ostasien verstärken. Washington ist gesetzlich verpflichtet, Taiwan bei einem Konflikt mit dem Festland beizustehen. Umgekehrt hat sich China schon 2005 in einem Gesetz darauf festgelegt, die Insel im Falle einer förmlichen Unabhängigkeitserklärung militärisch zu erobern.